

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Bernspruchsstelle  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 85.

Freitag, 14. April 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, per Ausgabebestellen, sowie am Schalter der kais. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Tagesgeschichte.

Wie gestaltet sich die Lage? Diese Frage brängt sich jetzt, wo der Reichstag wieder zusammengetreten ist, jedem Beobachter unseres öffentlichen Lebens auf die Lippen. Gegen Ende dieses Monats etwa wird die Entscheidung über die Militärvorlage fallen. Die „Köln. Ztg.“ stellt fest, daß die verbündeten Regierungen seit Monaten ohne Schwankung und Uneinigkeit entschlossen seien, den Reichstag aufzulösen, wenn über die Vorlage keine annehmbare Verständigung erfolgt. Aber das genannte Blatt meint auch, daß die verbündeten Regierungen hinter der „augenblicklichen traurigen Mehrheit des Reichstages“ nur noch eine traurigere erwarten und das sie sich dann in der Erfüllung ihrer verantwortlichen Pflicht nicht weiter beeinträchtigen lassen werden. Mit anderen Worten: Nach der zweiten Auflösung der Konstitution. Der kürzlich erwähnten Nachricht über eine Verständigung mit dem Centrum mißt man, wie schon mitgeteilt, fast allgemein wenig Glauben bei und auch eine erst vor wenigen Tagen in einer Münchener Versammlung gehaltene Rede des Chefredakteurs Fried vom „Münchener Fremdenblatt“, welche Zeitung das Hauptorgan des Centrums in Bayern ist, spricht nicht für die Wahrscheinlichkeit einer Verständigung. Herr Fried sagte: „Es muß ausgesprochen werden, daß wir uns in Bayern das Centrum als einer Militärpartei, die die exorbitanten Pläne des Militarismus, der die Kräfte der Nation lahm legt und die letztere in ihren wirtschaftlichen Interessen aufs empfindlichste schädigt, nicht denken können. Wir müßten uns, der mit elementarer Gewalt in Bayern herrschenden Volksstimmung entsprechend, vom Centrum in Berlin losrennen und auf der Landesversammlung in Regensburg uns als neue Partei konstituieren.“ (Lebhafter Beifall.) Meine Herren! Wenn ich das vor Ihnen ausspreche, so rede ich nicht etwas, das ich aus den Fingern gezogen; es wird so kommen, wie ich sage — wenn das Centrum helfen würde, die Militärvorlage durchzubringen; aber dies tritt nicht ein, das Centrum wird geschlossen die Militärvorlage ablehnen.“ (Lebhafter Beifall.) — Ein einziges größeres Zentrumsbild scheint den Kompromißgerüchten Glauben: die „Schl. Volksztg.“ Das Blatt schreibt dazu: „Sollte diese Nachricht sich bestätigen, dann werden wir uns über dieselbe aufrichtig freuen dürfen, denn wir werden überzeugt sein können, daß dies nur auf einer Grundlage geschehen ist, die tief erwogen und die gleichmäßig diktiert worden ist von den gewissenhaftesten Erwägungen des Staats- wie des Volkswohles.“ Die „Post“ (das sog. „Wochenschafter-Organ“) tritt sehr energisch gegen die Regierung auf; das Blatt meint, als Gegenleistung für den Ausgleich in der Militärvorlage habe die Regierung das neue preussische Wahlgesetz nach den Wünschen des Centrums zurecht gemacht. Das Blatt schreibt: „Die völlig prinzipienlose Haltung der königlichen Staatsregierung bei der Verhandlung über das Wahlgesetz bleibt unverkennlich, wenn nicht die Nachrichten über den Abschluß eines Kompromisses über die Militärvorlage (im Reichstage) mit dem Centrum sich bestätigen sollten. Der Präsident des Staatsministeriums trat nicht nur für Wiederherstellung der eigenen Vorlage ein, sondern der einzige aktive Staatsminister, der zugleich Mitglied des Hauses ist, stimmte sogar für dieses ungeheuerliche Gesetz. Es wird sich nun bald zeigen müssen, ob die königliche Staatsregierung wirklich ein Äquivalent für ihre schwächliche Nachgiebigkeit gewonnen hat, die sonst um so unbegreiflicher scheint, als auch ohne diese Konzession dem Gesamtplan der Steuerreform eine Mehrheit ohne und selbst gegen das Centrum gesichert war. Die späteren Wirkungen dieser Politik werden nicht ausbleiben und in einer Stärkung der freisinnigen Partei auf Kosten der Rechten und der Mittelparteien ihren Ausdruck finden. Wir befinden uns auf einer höchst abschüssigen Bahn und werden erst durch schwere Erfahrungen in andere geleitet werden.“ Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß die „Post“ der Regierung gegenüber so heftig auftritt.

**Deutsches Reich.** Die Ueberfiedelung der kais. Familie nach dem Neuen Palais bei Potsdam findet bereits am kommenden Sonntag statt.

Die offizielle Begrüßung des Kaisers und der Kaiserin auf der Romfahrt durch eine Abordnung des schweizerischen Bundesrathes wird, wie nunmehr feststeht, in Luzern erfolgen,

wobei dann im „Hotel National“ das Mittagmahl eingenommen werden soll.

Die Zugeständnisse, die Rumänien in dem am 9. d. vorläufig festgestellten Handelsvertrage mit Deutschland gemacht hat, scheinen sich in der Hauptsache auf die Verpflichtung zu beschränken, die Zollsätze des autonomen Tarifs nicht zu erhöhen. Deutscherseits ist die Anwendung der Sätze des Conventionaltarifs auf die Einfuhr aus Rumänien zugestanden. Die Differenzialzölle auf Getreide, Holz u. kommen also mit der Ausführung des Vertrags Rumänien gegenüber ja in Wegfall.

Ein in russischen Diensten stehender serbischer Unterthan wurde in Thorn unter dem Verdacht der Spionage verhaftet und dem Gerichtsgefängniß zugeführt. Derselbe hat sich längere Zeit dajelbst aufgehalten, angeblich, um Festungswerke anzusehen. Dadurch, daß er häufig Pakete und Briefe durch die Post nach Russland sandte, erregte er Verdacht. Es sind große Geldsummen bei ihm gefunden worden. — Ob sich der Verdacht bestätigt, bleibt abzuwarten.

Die Verhandlungen zwischen Preußen und Lübeck über den Elbe-Trade-Canal waren, abgesehen von einigen technischen, inzwischen gelösten Fragen, wesentlich deshalb bisher nicht zum Abschluß gelangt, weil in Bezug auf den von Preußen dem Unternehmen zu gewährenden Zuschuß Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Staaten vorhanden waren. Auch diese Schwierigkeit dürfte nunmehr erledigt sein, nachdem man sich preussischerseits entschlossen hat, unter gewissen Voraussetzungen den angebotenen Betrag von 6 auf 7 1/2 Millionen zu erhöhen. Es darf daher als sicher angesehen werden, daß dem preuß. Landtag noch in der laufenden Tagung eine entsprechende Vorlage gemacht werden wird.

Der Verband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) wird im September d. J. und zwar um dieselbe Zeit in etwa 1100 deutschen Städten das Jubelfest seines 25-jährigen Bestehens feiern.

Die Kandidatur des Grafen Herbert Bismarck giebt dem Reichskanzler Gelegenheit, durch die „Hamb. Nachr.“ seine Ansichten über das heutige Fraktionswesen und die künftigen Wahlen in einer Weise auszusprechen. Das Kandidatensystem schreibt: „Seine (des Grafen Herbert Bismarck) Auffassung hat keine Tendenz gegen irgend eine Fraktion; sie gilt der Wahrung landwirtschaftlicher Interessen und ist ein Symptom des Bestrebens, der Interessenvertretung bei den nächsten Wahlen den Vorrang vor den politischen Programmen einzuräumen. Die Unterschiede der politischen Fraktionen und die feineren Nuancen innerhalb derselben schweben den Wählern kaum in voller Klarheit vor, aber der Zwang der Interessen und die Noth des Lebens treten, je stärker sie werden, ihnen desto deutlicher vor Augen. Die Divergenzen der parlamentarischen Fraktionen sind im Ganzen, wenn man vom Fortschritt und der Socialdemokratie absieht, doch mehr personelle als sachliche und die Wähler empfinden nach den Erfahrungen der letzten Zeit mehr Bedürfnis nach einer unabhängigen Vertretung, als nach Förderung der Fraktionsstreberien. Wir glauben deshalb, daß bei der Neuwahl, mag sie nun bald oder erst in zwei Jahren stattfinden, die Neigung, Beamte zu wählen, die von der Regierung abhängig sind, nicht mehr so stark sein wird, wie früher. Beamte im Dienst, die von der Regierung Beförderung oder deren Gegentheil zu erwarten oder zu befürchten haben, bedürfen einer großen Selbstständigkeit des Charakters, wenn sie sich ohne Abhängigkeitsgefühl von ihrem vorgelegten Minister ihre sachliche Ueberzeugung und das Interesse ihrer Wähler ausschließlich zur Richtschnur nehmen sollen.“

Herr Stöcker hatte nach einem Berichte des „Reichsboten“ in einer Sitzung der christlich-socialen Partei in Bezug auf den Fürsten Bismarck geäußert, dieser habe „sich mit allen Parteien geliebt“, aber Eins habe er, Herr Stöcker, nie von dem Fürsten gehört: ein Wort gegen die Judenpresse, gegen die Uebermacht des Judenthums. Mit Bezug darauf brugen die „Hamb. Nachr.“ einen Artikel, der ausführt, daß Fürst Bismarck, so lange er im Amte war, sich jedenfalls auch nicht gegen Herrn Stöcker geäußert habe; der Artikel fährt fort: „Im Gegentheil, als bei dem Regierungsantritt Kaiser Friedrichs eine Stöckerhefe in Scene gesetzt werden sollte, ist der damalige Ministerpräsident in

den sehr zahlreichen Charlottenburger Councils der Einigkeit gewesen, der mit Rücksicht auf die Tapferkeit, die Herr Stöcker im Kampfe gegen die Demokratie bewiesen hatte, ein milderes Verfahren gegen ihn als das beabsichtigte beim Kaiser Friedrich zur Annahme brachte. Eine Aufklärung darüber, welche Stellung der Fürst zur Judenfrage einnimmt, enthält die Auseinandersetzung nicht.

Ein neuer Beweis für die Bedeutung der gegenwärtigen agrarischen Bewegung ist die Thatsache, daß in dem stadt-ultramontanen Niederbayern sich ein Niederbayerischer Bauernbund gebildet hat, der den Anschluss an alle bestehenden politischen Parteien ablehnt. Für das Centrum ist dies ein harter Schlag.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, sollen mit dem Doveschen Schuttpanzer im nächsten Monat in Spandau von der Versuchscommission eingehende Schießversuche angestellt werden. Diese Schießversuche dürften indessen nur ein theoretisches Interesse haben, da die Annahme, daß das Kriegsministerium die Erfindung ankaufen werde, für ausgeschlossen gilt.

Die in Berlin bestehende socialdemokratische „Genossenschafts-Bücherei“ sieht sich abermals genöthigt, sich an die „organisirte Arbeiterkraft“ zu wenden, und zwar infolge der von der bisherigen Verwaltung gemachten „Fehler“. Wie schlecht es mit der Genossenschaft steht und welche schwache Kundenschaft sie nur noch besitzt, zeigt folgende Erklärung im Auftruf: „Wir können darum zu jere aus der Mitte der Arbeiterkraft begründete Schöpfung, welche eine Nothwehr gegen die Privatausbeutung sein soll, auf die Dauer nur dann erhalten, wenn wir mehr als es augenblicklich der Fall ist, von der Arbeiterkraft Berlins und Umgegend Unterstützung finden.“ Die Genossen werden schon wissen, warum sie das genossenschaftliche Product verschmähen.

Vom Reichstag. Abg. Ahlwardt zeigte gestern dem Präsidenten an, er werde morgen vor der Tagesordnung die angekündigten Altersstücke dem Reichstag vorlegen. Es verlautet, es werde beantragt werden, dieselben ebenso wie die vorigen dem Seniorenfond zur Prüfung zu überweisen. Abg. Menzer begründete seine Interpellation, betreffend den deutschen Tabakbau, der sich gegenwärtig im Rückgange befindet. Schuld daran sei die verkehrte Gesetzgebung von 1879 ab. Der Rückgang betreffe vorzugsweise Süddeutschland und nehme mit jedem Jahre zu. Staatssekretär Freiherr von Maltzahn giebt den Rückgang des Tabakbaues zu. In einem der letzten Jahre sei die mit Tabak bebauten Fläche die geringste gewesen, die je da war. Die Gesetzgebung von 1879 könne jedoch nicht allein die Schuld daran haben. Es lägen noch andere Gründe vor. Mehr und mehr werde jetzt Sumatra-Tabak verwendet, der dem Pfläzer Tabak Konkurrenz mache. Dennoch halten die Regierungen den gegenwärtigen Moment noch nicht für gekommen, um eine Aenderung der auf den Tabak bezüglichen Gesetzgebung herbeizuführen. Das Interesse des Tabakbaues liege aber den Regierungen sehr am Herzen. Außerdem aber wisse jeder, daß die sämtlichen Regierungen glauben, die Deckung für die durch die Militärvorlage bedingten Mehrausgaben sei durch vermehrte Reichseinnahmen zu beschaffen. Dabei habe man auf den Tabak nicht zurückgegriffen. Die Regierungen würden dafür sorgen, daß aus Interesse für die Hebung des Tabakbaues andere Zweige der Landwirtschaft nicht benachtheiligt würden. Das Haus beschließt in der Besprechung der Interpellation einzutreten. Abg. Vuy befragte die Interpellation namentlich im Interesse der kleinen Landwirthe. Durch eine mäßige Herabsetzung der Steuer könnte manche Existenz gerettet werden, ohne daß die Reichsfinanzen zu große Einbuße erlitten. Abg. Barklin führte aus, daß die Tabakbauer von der Gesetzgebung keineswegs die alleinige Abhilfe erwarten, die Schuld am Rückgange des Tabakbaues hätte nach deren Meinung das Mißverhältniß zwischen Steuer und Zoll. Das Verhältniß zwischen Steuer und Zoll müsse wie 1 zu 3 sein. Es wäre werthvoll, wenn die Regierungen den Beschlüssen des Reichstages auf Ermäßigung der Steuer beiträten. Abg. Barth führte aus, die Steuererleichterung von 1879 habe direkt dem Tabakbau eher genützt, er glaubt, der Rückgang sei überhaupt in der starken, überall vorherrschenden Krise, sowie in den hohen Getreidepreisen von 1891, welche den Consum verminderten, begründet. Den Vorschlag, die Tabaksteuer herabzusetzen, billige die freisinnige Partei, das sei